



Solidarität

Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-
Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. — Preis vierteljährlich 1,— Mark. — Anzeigen: die dreispaltige Petitzeile 50 Pfennig, Codes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 10 Pfennig. — Sämtliche Postanklagen nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter obigem Titel im Post-Zeitungsregister.

Für die Woche vom 11. bis 17. Juli 1915
ist die Beitragsmarke in das mit 28 bezeichnete
Feld des Mitgliedsbuches zu kleben.

Organisierung der Frauenkräfte.

In diesem Kriege feiert neben der Technik auf dem Gebiete der Kriegswerkzeuge die Organisation Triumphe. Der musterhaften Organisation unseres Heereswesens ist es nicht zuletzt zu danken, daß sich Deutschland gegen sieben Gegner im Osten und Westen 11 Monate lang siegreich halten konnte. Es ist deshalb verständlich, daß versucht wird, die straffe Organisation des Heereswesens auch auf das Zivilleben zu übertragen, zumal hier das Fehlen einer guten Organisation während des Krieges sich in unliebsamer Weise bemerkbar gemacht hat. Als Beispiel seien angeführt die zu spät und dann auch zunächst tastend einsetzenden Versuche, den Lebensmittelkonsum zu regeln und das Durcheinander in der Krankenpflege und im Fürsorgewesen zu beseitigen. Im zivilen Leben sorgen eine große Anzahl Personen zunächst nur für sich. Hausfrauen kaufen bis ins unendliche Vorräte ein, die sie nie werden verbrauchen können, weil sie schlecht werden und viele von denen, die sich fürsorglich und helfend betätigen wollten, taten es auf eigene Faust, nur dem Impulse folgend, ohne immer dazu geeignet zu sein und ohne sich über bestehende Einrichtungen zu informieren. Dadurch ist der Allgemeinheit natürlich großer Schaden entstanden und viel brauchbare Kraft verloren gegangen. Kein Wunder also, daß die Erfahrungen der Kriegszeit dazu geführt haben, eine straffe Organisation der gesamten volkswirtschaftlichen Kräfte anzustreben.

Bei der Erörterung dahingehender Pläne muß natürlich auch der Organisierung der Frauen gedacht werden. Diese bilden der Zahl nach die Hälfte der Bevölkerung. Eine wie wichtige Rolle sie bei der Gestaltung der Verhältnisse des Volksganzen spielen, hat der Krieg bewiesen. Leider häufig im negativen Sinne. Die Wirkung hing an mit dem Stürmen der Lebensmittelläden durch Frauen aller Bevölkerungsschichten, noch vor Proklamierung des Kriegszustandes. Alle möglichen Waren wurden in den Wohnungen aufgespeichert, die dort gar nicht gehalten werden können. Dieses unüberlegte und oft völlig unmotivierte Einkaufen hat sich seit Ende Juli v. J. stets wiederholt; wenn irgendwo irgendwo erzählt, dies oder das würde knapp werden. In den letzten Wochen mußte die vermeintliche Judenknappheit herhalten, um in ungeheuren Mengen von dieser Ware einzukaufen. Wenn in der Arbeiterschaft nicht so viel gehamstert worden ist, so lag dies ganz einfach daran, daß dort weniger Mittel vorhanden sind, um auf Vorrat zu kaufen, nicht in der größeren Einsicht und Verantwortlichkeit der Frauen gegenüber anderen Volksgenossen.

Zum Teil findet das Verhalten der Frauen ja seine Erklärung in dem nicht rechtzeitigen Eingreifen der Zivilbehörden bei der Sicherstellung der Volksernährung. Man denke nur an die Kartoffelnot im Februar und März d. J. Jetzt stellt sich heraus, daß wir mit den Vorräten bis über die nächste

Ernte hinaus reichlich auskommen. Bei richtiger Organisation hätte die Kartoffelsteuerung vermieden werden können.

Wenn also auch die Frauen durch Organisation dem Volksganzen dienstbar gemacht werden sollen, so ist das nur zu begrüßen. Der Weg aber, der von einigen Stellen hierzu vorgeschlagen wird, scheint denn doch nicht allzu gangbar zu sein. Beabsichtigt wird nämlich nicht mehr und nicht weniger als eine Organisation für die weibliche Bevölkerung, ähnlich der der Heeresorganisation, die wie diese im Kriegsfall alle Frauen an vorher bestimmte Plätze ruf. Diese Kriegsbereitschaft soll erreicht werden durch ein weibliches Dienstjahr. Man will alle weiblichen Personen während einer längeren Zeit — meistens wird ein Jahr, manchmal werden auch zwei Jahre in Vorschlag gebracht — in Schulen, Wohlfahrtsanstalten, Krankenhäusern zc. in der Gesundheits-, Kranken- und Säuglingspflege und in der Hauswirtschaft ausbilden. Manche Vorschläge fordern diese Ausbildung im Anschluß an die Schulzeit, andere im Alter von 17 bis 20 Jahren. Die meisten verlangen zwingungsweise Heranziehung aller weiblichen Personen, einige wollen sich mit der moralischen Einwirkung zum freiwilligen Eingliedern in die Reihen der sozial arbeitenden Personen begnügen. Da in allen Vorschlägen zum Ausdruck kommt, daß die Heeresorganisation bis zu einem gewissen Grade Vorbild gewesen ist, nimmt es nicht wunder, daß sogar die zwingungsweise Ausbildung in Kasernen, für die der Name „Gemeinschaftshäuser“ geprägt werden möchte, und mit Dienstgraden und Uniformen in einigen Fällen gefordert wird.

Es existiert über diese Frage bereits eine umfangreiche Literatur. Von einer Stelle ist ein Preisanschreiben veranfaßt worden, das der besten Arbeit über das Thema: „Wie ist eine dem Heeresdienst der Männer entsprechende öffentliche Dienstpflicht der weiblichen Jugend einzurichten?“ 2000 Mk. zusichert. Auch Vorschläge für einen Gesetzentwurf zu dieser Frage sind schon vorhanden.

Glücklicherweise wird nicht alles so heiß gegessen, wie es gekocht wird. Und so wird auch noch einige Zeit vergehen, ehe ein solcher Gesetzentwurf dem Parlament zur Entscheidung vorgelegt werden kann. Inzwischen wird bei vielen die Begeisterung für die soziale Hilfsarbeit verfliegen und das Interesse für das weibliche Dienstjahr durch andere Tagesfragen abgelöst sein. Verschwinden wird das Thema von der Tagesordnung bürgerlicher Wohlfahrts- und Stimmrechtsvereine aber nicht, dafür sorgt schon das Bestreben, die Gleichberechtigung des Frauengeschlechts mit den Männern überall herbeizuführen. Das Dienstjahr soll die Erlangung der Gleichberechtigung beschleunigen, da ja dann der jetzt noch immer von den Gegnern des Frauenwahlrechts angeführte Grund, die Frauen leisten dem Staate nicht die gleichen Dienste wie die Männer, sie können also auch nicht die gleichen Rechte fordern, wegfällt.

Deshalb ist es notwendig, daß die Arbeiterfrauen und Töchter von diesen Bestrebungen Kenntnis erhalten, die geeignet sind, der Arbeiterschaft neue Lasten aufzuerlegen.

Die organisierte Arbeiterschaft fordert seit ihrem Bestehen bessere Ausbildung ihrer Angehörigen. Die sozialdemokratische Partei hat in ihrem Programm weitgehende Forderungen nach dieser Richtung festgelegt. Zum Teil bedenken sich also die Vorschläge bezüglich des Dienstjahres der Frauen mit alten Forderungen der Arbeiterorganisationen. Freilich fordern diese kein Dienstjahr für die Frauen, sondern Verlängerung der Schulzeit und Fortbildungsschulzwang für die Kinder aller Bevölkerungskreise; daneben zweckmäßige Gestaltung des Schulwesens und Anpassung seines Lehrplanes an die Anforderungen des Lebens. Damit könnte alles erreicht werden, was durch das Dienstjahr praktisch erreicht werden soll.

Wir erwähnen die Vorschläge für das weibliche Dienstjahr an dieser Stelle aber auch noch aus einem anderen Grunde. Den Frauen und Töchtern der Arbeiterklasse wird nämlich dadurch gezeigt, welche Bedeutung der Frauenteilnahme beigemessen wird. Und in der Tat; bei der Stellung, die die weibliche Bevölkerung heute in der Volkswirtschaft einnimmt, ist es an der Zeit, daß auch sie erkennt, daß sie sich dem Gesamtrahmen dadurch besser einfügen muß, daß sie in ihrer Betätigung mehr Gemeinschaftsgeist entwickelt. Die Frauen spielen eine Rolle als produzierende und als konsumierende Personen. Ihre Haltung ist von Bedeutung für die wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiterschaft wie auch bezüglich Regulierung der Lebensmittelverteilung für die Gesamtheit. Diese hätte in der Kriegszeit leichter und zweckmäßiger durchgeführt werden können, wenn die Frauen in ihrer Gesamtheit in dieser Zeit mehr Gemeinschaftsgeist entwickelt hätten. So dachten sie nur an sich und ihre eigene Häuslichkeit. Einen Vorwurf kann man ihnen deshalb nicht machen. Sie hörten ja bis dahin so oft: Die Frau gehöre ins Haus und dürfe sich um außerhäusliche Dinge nicht kümmern. Eine jahrhundertlange, nach dieser Richtung gehende Erziehung und Gewöhnung läßt sich nicht in kurzer Zeit beseitigen.

Für die Arbeiterschaft hat freilich die wirtschaftliche Lage, die die Frauen zwang, mit erwerbstätig zu sein, in die alten Anschauungen Besche schlagen. Befreit sind sie aber auch hier noch lange nicht. Vor allen Dingen erkennen die Frauen noch selber nicht die Bedeutung und die Macht des gemeinsamen Wirkens. Wäre es der Fall, dann müßte die Zahl der organisierten Arbeiterinnen größer sein. Auch die Organisationen der Arbeiterschaft haben während der Kriegszeit Beweise erbracht, daß einheitliches, auf ein bestimmtes Ziel gerichtetes Handeln großes zu leisten vermag.

Diese Erkenntnis sollten wir hinübernehmen in die Zeiten, wo wir friedlich unsere Kräfte entfalten können, um dafür zu wirken, daß die Wunden, die der Krieg der gesamten Volkswirtschaft geschlagen hat, wieder heilen können. Auch der Frauen der Arbeiterklasse bedürfen wir dann. Sie sind ein bedeutender Faktor in unserem Wirtschaftsleben, wenn es gelingt, sie zusammenzufassen in die Vereinigungen, die der arbeitenden Bevölkerung bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen schaffen können.

Korrespondenzen.

Hannover, den 24. Juni. Die Mitgliederversammlung war nur mäßig besucht. Kollege Spatkuhl brachte einige Feldpostbriefe zur Verlesung, worin auch die Organisationsmüdigkeit eines Teiles der Mitglieder herbe kritisiert wurde; allerdings fehlten die für diese Zeilen bestimmtem waren, aber die Kollegen selbst wird befreit sein, es diesen Wankelmütigen zur Kenntnis zu bringen. Es wurde beschlossen, am Sonntag, den 4. Juli, einen Ausflug nach dem Venterberge zu machen. Ueber den Ausgang des Versuches, eine Teuerungszulage für die Kollegenschaft zu erwirken, berichtete Kollege Spatkuhl sehr ausführlich. Die graphischen Vorstände haben einen gemeinsamen Antrag an die Hannoverschen Buch- und Stein-druckereien sowie an die Buchbindereien versandt. Dieser gemeinsame Antrag wurde von den Prinzipals-organisationen durch folgende Antwort abgelehnt:

„Auf die Eingabe vom 17. Mai 1915 sind wir wegen der durch die Kriegsverhältnisse erschwerten Möglichkeit einer Beschlußfassung erst heute in der Lage zu antworten.“

Der unterzeichnete Verein bringt der gegenwärtigen schwierigen Lage der Arbeiterschaft volles Verständnis entgegen. Es hat sich aber bei eingehender Prüfung der Verhältnisse die Unmöglichkeit herausgestellt, dem Wunsche nach einer laufenden oder einmaligen Teuerungszulage nachzukommen.

Die meisten Buchdruckereien halten ihren Betrieb nur unter schweren Verlusten aufrecht. Nur um ihren Seuten dauernde Beschäftigung zu geben, lassen verschiedene größere Firmen für Lager arbeiten, wodurch erhebliche Zinsverluste entstehen. Eine Besserung der Geschäftslage ist zur Zeit nicht zu erwarten, im Gegenteil wird während der Sommermonate mit weiteren Einschränkungen zu rechnen sein. Eine Steigerung der Selbstkosten, wie sie die Gewährung allgemeiner Lohnverbesserung oder einmaliger Zulagen mit sich bringt, würde voraussichtlich die auch für die Arbeiterschaft unerwünschte Folge haben, daß weitere Einschränkungen und in manchen Fällen auch die vollständige Stilllegung von Betrieben erfolgen müßten und damit wäre beiben Teilen nicht gedient. Bei sachlicher Würdigung der gegenwärtigen schweren Zeit wird auch die Gehilfenschaft die Unmöglichkeit einsehen, daß die Prinzipale dem geäußerten Wunsche nachkommen können.“ (folgt Unterschrift.)

An diese Ablehnung schloß sich eine lebhafteste Diskussion, und es kam immer wieder zum Ausdruck, daß die Erhaltung und Kräftigung der Organisation die allererste Aufgabe sein muß, denn, wenn auch wieder bessere Zeiten kommen werden, so wird auch selbst dann nur eine bedeutende Lohnverbesserung möglich werden, wenn eine kräftige Organisation die gerechten Forderungen der Kollegenschaft vertreten kann. Mit der Mahnung, der Organisation die Treue zu halten, wurde die Versammlung um 11 Uhr geschlossen. F. S.

Rundschau.

Der Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen hat unter dem 29. Juni in der Zuckerverfrage eine Eingabe an den Staatssekretär Dr. Delbrück gerichtet, der wir folgendes entnehmen:

„Die Beseitigung der Zuckerknappheit, die in der jetzigen Sauermilch- und Einnahmezeit dringend zu wünschen ist, hat eine an den Stellvertreter des Reichskanzlers, Staatssekretär Dr. Delbrück gerichtete Denkschrift des Kriegsausschusses für Konsumenteninteressen zum Ziele. Wie schon in seiner Eingabe vom Mai, so erblickt der Ausschuß auch jetzt noch den Grund für den allgemeinen Zuckermangel in der spekulativen Zurückhaltung durch gewisse Industrie- und Großhandelskreise, die durch die bisherige Preiszuschlagspolitik außerordentlich begünstigt werde. Gegen diese Bestrebungen, die der Ausschuß als eine große Gefahr für unsere Kriegswirtschaft ansieht, verlangt er in Uebereinstimmung mit Handelskreisen eine Aenderung der bisherigen Bestimmungen über die Preisverböhrung dergestalt, daß es nicht mehr heißt: für Juni 40 Pfg., für Juli 80 Pfg. und für August 1,20 M., sondern daß es heißt: Juli kostet es 80 Pfg. und August 70 Pfg. mehr als bisher. Dadurch würde dem Vorschlag der Vorrate erheblich Vorschub geleistet. Der von den Kassierern vielfach als Grund für die Zuckerknappheit angegebene Arbeitermangel soll durch Zuführung von geeigneten Stappen- und Armierungsmannschaften behoben werden. Ferner fordert die Denkschrift neben einer Erhöhung des Kontingents von 65 v. S. für Verbrauchszucker die direkte Abgabe von Rohzucker für Einnahmewecke und die Ermäßigung der Verbrauchsabgabe für das laufende

Betriebsjahr, genau wie bei der Rohzuckerfreigabe für Futtermittel. Da die durch Bundesratsverordnung vom 27. Mai der Zentral-Einlaufs-gesellschaft erteilte Ermächtigung, Verbrauchszucker zwangsweise aufzukaufen nach dem Urteile von Sachverständigen keinen merkbaren günstigen Einfluß auf die Marktverhältnisse ausgeübt hat, so soll die Gesellschaft durch Befreiung von den einengenden Bestimmungen weit entschiedener als bisher zur Durchkreuzung der spekulativen Hemmungen bei der Zuckerverfertigung in den Stand gesetzt werden. Dazu gehört auch eine Ausdehnung der angelegten neuen Bestandsaufnahme auf die Vorräte unter 50 kg, wenn nötig durch gemeindliche Erhebungen. Für den Fall einer Ablehnung dieser Vorschläge empfiehlt der Kriegsausschuß die Beschlagnahme der gesamten Zuckervorräte durch das Reich und ihre zwangsgemeinwirtschaftliche Bearbeitung und Verteilung unter Einspannung der entsprechenden Erwerbskreise nach Art des Reichsgroßbetriebsmonopols.“

Die zweite Generalversammlung der Volkswirtschaft zur Rechnungslegung über das Geschäftsjahr 1914 trat am Sonnabend, den 26. Juni, im Sitzungssaale der Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine in Hamburg zusammen.

Der Vorsitzende des Aufsichtsrats, Reichstagsabgeordneter Gustav Bauer, eröffnete die Generalversammlung und stellte die ordnungsgemäße Vertretung sämtlicher Aktionäre durch bestellte Bevollmächtigte fest. Das geschäftsführende Vorstandsmitglied A. v. Elm gab den Geschäftsbericht des Vorstandes, der gedruckt vorlag und aus dem in der Presse bereits die Hauptpunkte veröffentlicht wurden. Er bezeichnete den Abschluß als einen unter den bestehenden Verhältnissen günstigen. Wenn auch die, nach dem Verlaufe des ersten halben Jahres, berechnete Hoffnung, einen günstigeren Bericht vorlegen zu können, durch den Krieg vereitelt wurde, so sind wir doch in der Lage, über einen Ueberschuß von 171 947,04 M. zu verfügen und dadurch den verschiedenen Fonds 74 869 M. und der Gewinnreserve der Versicherten 96 115 M. zuzuführen zu können. Der Versicherungsbestand, der Ende 1918 70 126 Policen mit einer Versicherungssumme von 12 912 968 M. betrug, stieg bis Ende 1914 auf 163 469 Versicherungen mit einer Versicherungssumme von 25 615 271 M., also mehr als eine Verdoppelung der Versicherungssumme. Die Gesellschaft hat einen Verfall von 2761 Policen und in eine andere Versicherungsart umzuwandeln 28 747 Policen. Das ist ein durch den Krieg bedingter außerordentlicher Abgang, der aber im Vergleich zu anderen Gesellschaften noch als recht günstig zu bezeichnen ist. Der Vorsitzende Bauer stimmte im Namen des Aufsichtsrats dem Geschäftsberichte sowie der vom Vorstand aufgestellten Bilanz nebst Gewinn- und Verlustrechnung in allen Punkten zu.

Beim Punkt 2 der Tagesordnung gab Herr Junger (Berlin) den Bericht der Revisionskommission des Aufsichtsrats, konstatierend, daß bei den verschiedenen Revisionen der Kommission und des vom Aufsichtsrat besonders beauftragten Revisors, Herrn Bäßlein, alles in bester Ordnung befunden wurde.

Ohne Erörterung wurde hierauf als Punkt 8 der Tagesordnung der Antrag des Aufsichtsrats, die Jahresrechnung zu genehmigen und dem Vorstand und Aufsichtsrat Entlastung zu erteilen, einstimmig angenommen.

Bei Punkt 4 der Tagesordnung erläuterte Herr von Elm den vom Vorstand und Aufsichtsrat vorgeschlagenen Plan zur Verteilung des erzielten Ueberschusses und teilte mit, daß über den Verzicht auf die ihnen zustehenden Zinsen im Betrage von 40 000 M. unter den Aktionären bereits eine schriftliche Abstimmung vorgenommen wurde, wobei der Verzicht einstimmig ausgesprochen wurde.

Hierauf wurde von der Generalversammlung einstimmig beschlossen:

1. Für das Geschäftsjahr 1914 tritt eine Ver-
sicherung des Aktienkapitals nicht ein; der dafür nach
§ 98 Absatz 2 Ziffer 5 des Gesellschaftsvertrags be-
reitzustellende Betrag von 40 000 M. ist — un-
beschadet der nach dem Gesellschaftsvertrage vorge-
schriebenen Dotierung — dem Kriegsfonds
(§ 96 Absatz 2 Ziffer 8 des Gesellschaftsvertrags zu-
zuführen.

2. Von dem erzielten Ueberschuß im Betrage
von 171 947,04 M. sind gemäß den Bestimmungen
des § 96 des Gesellschaftsvertrags zuzuwenden:

1. dem gesetzlichen Reservefonds fünf
vom Hundert = 8 597,95 M.
2. dem Organisationsfonds fünf vom
Hundert = 8 597,95 „
3. dem Kriegsfonds fünf vom
Hundert = 8 597,95 M.
- plus der soeben be-
schlossenen . . . = 40 000,— „ 48 597,95 „

4. dem Fonds für besondere Reser-
ven fünf vom Hundert = 8 597,95 M.
 5. der Gewinnreserve der Versicherten
fünf vom Hundert der 1 992 610,90
M. betragenden Jahresprämie
der mit Gewinnbeteiligung Ver-
sicherten . . . = 96 115,54 „
- Der Rest von 1442,10 M. ist auf neue Rechnung
vorzutragen.

Der Aufsichtsrat hat nach § 98 des Gesellschafts-
vertrags die Anstellung eines Revisors beantragt
und schlug dazu Herrn Bäßlein vor, dessen Wahl
hierauf einstimmig vollzogen wurde.

Der Aufsichtsrat verzichtete zugunsten der Ver-
sicherten auf die ihm nach dem Gesellschaftsvertrage
zustehende Entschädigung auch für das abgelaufene
Jahr und bewies damit wie die Aktionäre, daß es
ihm ernst damit ist, die Volkswirtschaft als eine wirk-
lich gemeinnützige Versicherungsanstalt im Interesse
der Versicherten zu führen.

New York als der Geldmarkt der Welt.
Eine der wirtschaftlichen Wirkungen des Krieges
ist die Uebertragung des finanziellen Schwerpunktes
von London nach New York. „Wir sind jetzt im-
stande“, sagte unlängst ein hoher Finanzbeamter
der Vereinigten Staaten, „unseren Außenhandel
durch den Gebrauch amerikanischer Akzepten zu voll-
ziehen. Wir sind sogar in der Lage, andere
Nationen mit Finanzmitteln zu versehen und die
Rolle des Weltbankiers zu spielen, die bislang fast
ausschließlich von England gespielt wurde.“ Der
Bierverband nimmt erhebliche Anleihen in den Ver-
einigten Staaten auf. Wie der französische Finanz-
minister Ribot neulich mitteilte, belaufen sich die
Anleihen des Bierverbandes in Amerika auf 700
bis 800 Millionen Franks monatlich. Die Ver-
einigten Staaten sind gegenwärtig das bedeutendste
Ausfuhrland und weisen die günstigste Handels-
bilanz auf.

Amerika liefert dem Bierverbande die
wichtigsten Kriegsmaterialien: Munition, Gold und
Nahrungsmittel.

Ehren- Tafel

für unsere im Felde gefallenen Kollegen.

Im Kampfe für das Vaterland fiel in
Frankreich unser Kollege

Ernst Jänisch

im Alter von 27 Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm
die **Bahlfelle Breslau.**

Auf dem Schlachtfelde fiel unser Kollege

Paul Schmuhl

im Alter von 22 Jahren.

Sein Andenken hält in Ehren
die **Bahlfelle Hannover.**



In Erfüllung ihrer schweren Pflicht
erlitten die Hilfsarbeiter

Artz Dähle

am 1. Juni bei St. Georg
und

Karl Fischer

am 15. Juni bei Coissons
den Tod fürs Vaterland.

Wir verlieren in den Verstorbenen treue
Mitarbeiter und werden ihr Andenken stets
in Ehren halten.

Das **Gesamtpersonal der
Buchdruckerei Otto Eisner, Berlin.**